

**35**  
**79**

# Union in Deutschland

Bonn, den 18. Oktober 1979

## Fairneß im Wahlkampf

Die CDU hat bisher weder die Regeln der Fairneß noch die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie bei Wahlauseinandersetzungen verletzt. Sie ist jederzeit zu Gesprächen mit den anderen Parteien über vernünftige Regelungen bereit. Hätten sich alle anderen so verhalten, wie die CDU es stets getan hat, wäre das nicht notwendig.

Dies stellte Heiner Geißler zu den Vorschlägen für ein Wahlkampfabkommen fest. Entscheidender als ein Fairneß-Abkommen zwischen den demokratischen Parteien ist es, daß die Führungen der politischen Parteien den Wahlkampfstil in ihren eigenen Reihen regeln. Es hängt also im wesentlichen vom Willen und der Bereitschaft der politischen Führung in den Parteien ab, ob der Wahlkampf fair geführt wird. Sie muß die Dinge in der eigenen Partei handhaben.

Der Vorschlag, eine „unabhängige Schiedsstelle“ einzurichten, die im Falle eines Fairneß-Abkommens darüber wachen soll, ob eine solche Vereinbarung von den Parteien auch eingehalten wird, muß sorgfältig geprüft werden. Auch die Errichtung einer neuen Institution darf jedoch keinen Fluchtweg aus der eigenen Verantwortung der Parteien darstellen.

(Weiter auf Seite 2)

### ■ KERNENERGIE

Beschluß der Regierungschefs zur Entsorgung der Kernkraftwerke Seite 5

### ■ BRESCHNEW-ANGEBOT

Die Fakten im militärischen Kräftevergleich Seite 7

### ■ RENTEN

Für die Union ist die Besteuerung kein Thema Seite 8

### ■ KOALITION

Anti-Terror-Gesetze nicht ändern Seite 9

### ■ DAG-KONGRESS

Gewerkschaften sind keine Ersatzparteien / Helmut Kohl zum gewerkschaftlichen Pluralismus Seite 11

### ■ KPV

Konrad-Adenauer-Preis für beispielhafte kommunale Initiativen Seite 13

### ■ TRANSITVERKEHR

Hat Bahr das Parlament getäuscht? Seite 15

### ■ DOKUMENTATION

Sportförderung — eine öffentliche Aufgabe? grüner Teil

## ■ INFORMATION

### Union drängt weiterhin auf Familiengeld für nichterwerbstätige Mütter

Die Union setzt sich nach wie vor mit Nachdruck dafür ein, daß auch die nichterwerbstätigen Mütter und Väter, die in den ersten sechs Monaten nach der Geburt ein Kind versorgen und keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben, ein Familiengeld erhalten sollen. Die CDU/CSU-geführten Länder haben im Bundesrat einen entsprechenden Gesetzesantrag eingebracht, der für diesen Personenkreis vom 1. Januar 1980 an monatlich 500,— DM für diese sechs Monate vorsieht. Schon bei den Beratungen des Gesetzes zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubes für erwerbstätige Mütter hatten die unionsgeführten Länder wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diese Forderung gestellt. Sie wurde jedoch von der SPD/FDP-Koalition abgelehnt.

(Fortsetzung von Seite 1)

Vor jedem Bundestagswahlkampf wird der Vorschlag erneuert, ein Wahlkampf-kosten-Begrenzungsabkommen zwischen den Parteien zu schließen. Hierzu ist zu sagen: Die CDU führt einen sparsamen Wahlkampf. Es handelt sich neben den Beiträgen der Mitglieder und Spenden ja auch um Steuergelder. Wir müssen mit diesem Geld auskommen. Der Regierungskoalition von SPD und FDP dagegen steht außerdem die gesamte Propagandamaschine der Bundesregierung zur Verfügung. Die Regierungsparteien können deshalb leicht von sparsamer Wahlkampfführung sprechen.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß es für die Entwicklung eines Kindes von entscheidender Bedeutung sei, daß sich ein Elternteil in den ersten Lebensmonaten voll dessen Erziehung und Pflege widme. Dieser Zielsetzung werde das Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubes nicht ausreichend gerecht. Es sehe lediglich ein Mutterschaftsgeld für in einem Arbeitsverhältnis stehende Frauen vor. Mütter, die im Interesse ihrer Kinder auf eine Erwerbstätigkeit verzichteten, dürften jedoch nicht benachteiligt werden. Darüber hinaus müsse auch der nichterwerbstätige Vater, der sich der Erziehung und Pflege seines Kindes widme, Familiengeld beanspruchen können. Anspruchsberechtigt soll jedoch jeweils nur ein Elternteil sein.

### Heizölkostenzuschuß: unbürokratisch verfahren

Die CDU/CSU-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf zur Gewährung eines einmaligen Heizölkostenzuschusses zu, weil die sozial Schwächsten nicht weiter unter den hohen Heizölkosten leiden sollen. Das trifft vor allen Dingen für die Heimbewohner zu, die ebenfalls in den Genuß des Zuschusses kommen können und die keinen Einfluß darauf haben, welche Energie in ihrer Einrichtung verwandt wird. Wir müssen jedoch betonen, erklärte Gerhard Braun im Bundestag hierzu, daß sich die Bundesregierung mit diesen sogenannten einmaligen Zuschüssen auf die Dauer nicht über die Runden retten kann. Wir erwarten, daß aus der Andeutung im Vorspann des Gesetzentwurfes hinsichtlich der „auf die Dauer unumgänglichen Umstellung“ auf andere Energieträger sehr bald eine konkrete Vorlage wird. Nur ca. 30 % der Anspruchsberechtigten

ten haben 1973 von dem Heizkostenzuschuß Gebrauch gemacht. Vielleicht war damals das Antragsverfahren zu bürokratisch. Bund und Länder sollten alles tun, damit so unbürokratisch und so schnell wie möglich die Berechtigten ihr Geld erhalten.

## Freibeträge für Jubiläumsdienstzeiten

SPD und FDP sind nicht bereit, die seit 1950 festgeschriebenen Freibeträge für Jubiläumsdienstzeiten maßvoll zu erhöhen. Hierzu erklärte das Mitglied des Bundestags-Finanzausschusses Hans-Jürgen Stutzer: Die allgemeine Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch die Einführung der flexiblen Altersgrenze und die Verlängerung der Ausbildungszeiten habe dazu geführt, daß immer weniger Arbeitnehmer eine 40-, 50-, 60-jährige Betriebszugehörigkeit erreichten. Aus diesem Grunde habe bereits 1978 die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung aufgefordert, eine Änderungsverordnung vorzubereiten, die steuerfreie Jubiläumszuwendungen schon beim 35jährigen, 45jährigen sowie beim 55jährigen Jubiläum ermöglichen.

## Keine pauschale Zuerkennung der Staatsbürgerschaft

Der Vorschlag des Beauftragten der Bundesregierung für Arbeitnehmerfragen, Kühn, die Bundesrepublik Deutschland solle als „Einwandererland“ deklariert werden und Kindern von Ausländern solle ein Optionsrecht auf die deutsche Staatsangehörigkeit eingeräumt werden, sei völlig unakzeptabel, erklärte CDU-MdB Prof. Abelein. Nur in begründeten Einzelfällen — wie auch bisher — sollte Ausländern die

deutsche Staatsangehörigkeit zuerkannt werden. Eine Zuerkennung in pauschaler Form würde langfristig Probleme schaffen, die im Interesse aller, gerade auch der Ausländer, vermieden werden müßten. Es gehe vielmehr darum, daß die Ausländer in ihre Heimat zurückkehren könnten. Abelein meint, die Europäische Gemeinschaft sollte daher Lösungen anstreben, die es überflüssig machten, daß Angehörige fremder Völker aus sozialen Gründen ihre Heimat verließen. Eine wichtige Voraussetzung dafür sei es, den Angehörigen fremder Völker in der Bundesrepublik Deutschland ihre nationale Identität zu erhalten.

## Sozialausschüsse werfen Loderer Unverständnis vor

Die Feststellung des IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer, die Pläne zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer seien ein „soziales Täuschungsmanöver“, ist von den Sozialausschüssen der Union zurückgewiesen worden. Der Schatzmeister der CDA, MdB Wolfgang Vogt, bescheinigte der Behauptung des Gewerkschaftsführers einen „diffamierenden Charakter“. Sie zeuge von einem bedauerlichen Unverständnis für die Bedeutung der Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital für die gesellschaftliche Stellung des Arbeitnehmers und die wirtschaftliche Entwicklung. Vogt hatte erst kürzlich gefordert, den Tarifparteien die Möglichkeit zu geben, Vereinbarungen über investive Einkommensbestandteile zu treffen.

## Bewerbern wird Adenauer-Erklärung vorgelegt

Bewerbern um eine Stelle bei der Bundesanstalt für Arbeit wird bei Vertrags-

abschluß ein Auszug aus einem Beschluß der Bundesregierung von 1950 über die Treuepflicht von Staatsbediensteten ausgehändigt, wie ein Sprecher der Nürnberger Behörde, der „Süddeutschen Zeitung“ zufolge, auf Anfrage bestätigte. Zur Begründung verwies er darauf, daß dieser Beschluß vom 19. September 1950, der die Unterschrift des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer (CDU) trägt, bislang nicht aufgehoben worden sei. Eine Abschrift des Auszugs hatten die „Hessischen Komitees gegen Berufsverbote“ in Frankfurt veröffentlicht. Darin heißt es, wer als Beamter, Arbeiter oder Angestellter im Bundesdienst Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Staatsordnung unterstütze, mache sich einer „schweren Pflichtverletzung“ schuldig. Beschäftigte, die ihre „Treuepflicht gegenüber der Bundesrepublik“ auf diese Weise verletzen, sollten „unnachlässig“ sofort aus dem Bundesdienst entfernt werden.

## Dringend nötige Reform des Beihilferechts

Zu der längst fälligen und immer noch nicht verwirklichten Reform des Beihilferechts erklärte der stellv. Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Ulrich Berger (CDU), es sei zum Teil unsozial und familienfeindlich. Unsozial beispielsweise, weil die Einkommensschwachen und die Versorgungsempfänger eine Eigenbelastung für die Krankenfürsorge bringen müßten, die unzumutbar hoch sei. Die Belastung könne bei diesem Personenkreis bis zu 20 v. H. der Versorgungsbezüge betragen. Zum Vergleich: wären alle aktiven Beamte freiwillige Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung, so müßten sie nur 11,8 v. H. ihrer

Bruttobezüge bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 3 400,— DM aufbringen. Familienfeindlich sei das geltende Beihilferecht, weil es die kinderreichen Familien benachteilige. Vom 4. Kind an seien diese Familien von der Progression des Beihilfesatzes ausgeschlossen. Der Beihilfesatz betrage dann einheitlich nur 70 v. H.

## Entgiftung von Autoabgasen

Der Vorsitzende des Fachausschusses „Energie und Umwelt“ der CDU, Heinz Riesenhuber, hat der Bundesregierung vorgehalten, ihre Umweltpolitik ende immer häufiger im Stillstand. Vielfach wirke sie widersprüchlich und trage zur Verunsicherung bei. Riesenhuber bemängelte insbesondere den Stand der Bemühungen zur Entgiftung von Autoabgasen. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU habe die Regierung zwar die Gesundheitsgefährdung durch die in den Abgasen enthaltenen Schadstoffe bestätigt, zugleich aber einräumen müssen, daß ihre Anstrengungen, den Giftgehalt herabzusetzen, bisher hinter den selbst gesetzten Zielen zurückgeblieben sei.

## Noch Anmeldungen zum Sportkongreß möglich

Am 23. und 24. Oktober veranstaltet die CDU im Bonner Konrad-Adenauer-Haus einen Kongreß, der sich mit Zukunftsperspektiven des Deutschen Sports auseinandersetzen wird. Schwerpunkt der Beratungen soll die private und öffentliche Förderung des Sports sowie die Zukunft der Olympischen Spiele sein. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle nimmt noch Anmeldungen entgegen (Organisationsabteilung, Telefon 022 21/54 42 68).

## ■ BESCHLUSS DER REGIERUNGSCHEFS

# Entsorgung der Kernkraftwerke

**Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben am 28. September 1979 einen Beschluß zu der wichtigen Frage der Entsorgung der Kernkraftwerke gefaßt, dem für die politische und rechtliche Diskussion in den nächsten Monaten große Bedeutung zukommt. Nachfolgend der Wortlaut, der jetzt veröffentlicht wurde:**

① Die Regierungschefs von Bund und Ländern nehmen den Bericht des von ihnen am 6. Juli 1979 eingesetzten Staatssekretärsausschusses zur Entsorgung der Kernkraftwerke zur Kenntnis und stimmen der Berechnung des Zwischenlagerbedarfs für abgebrannte Brennelemente bis zum Jahre 2000 (Anlage 1 des Berichts) zu. Sie bekräftigen den Grundsatz, daß die sichere Gewährleistung der Entsorgung der Kernkraftwerke eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die weitere Nutzung und für den weiteren begrenzten Ausbau der Kernenergie bildet.

② Die Regierungschefs von Bund und Ländern stimmen darin überein, daß die Wiederaufarbeitung der bestrahlten Brennelemente mit Rückführung der unverbrauchten Kernbrennstoffe und Endlagerung der Wiederaufarbeitungsabfälle nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik sicherheitstechnisch realisierbar ist und die notwendige Entsorgung der Kernkraftwerke unter den Gesichtspunkten der Ökologie wie auch der Wirtschaftlichkeit gewährleistet. Deshalb werden die Ar-

beiten zur Verwirklichung des integrierten Entsorgungskonzepts fortgesetzt.

③ Damit die notwendige und nach dem Bericht des Staatssekretärsausschusses mögliche Zwischenlagerung bestrahlter Brennelemente auf einen möglichst kurzen Zeitraum begrenzt wird, muß darauf hingewirkt werden, daß eine Wiederaufbereitungsanlage so zügig errichtet werden kann, wie dies unter Beachtung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte möglich ist.

Die Regierungschefs kommen deshalb überein, daß die Arbeiten für das integrierte Entsorgungskonzept auf der Grundlage der bereits erzielten Forschungs- und Entwicklungsergebnisse durch Untersuchungen, Gutachten von Sachverständigen, sowie Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auch mit dem Ziel der sicherheitstechnischen Optimierung — unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Gorleben-Symposiums — unter Federführung des Bundes fortgeführt werden. In diese Arbeiten sind Untersuchungen über Kapazitäten und Standortkriterien von Wiederaufbereitungsanlagen einzubeziehen.

④ Gleichzeitig werden auch andere Entsorgungstechniken, wie z. B. die direkte Endlagerung von abgebrannten Brennelementen ohne Wiederaufbereitung, auf ihre Realisierbarkeit und sicherheitstechnische Bewertung untersucht. Diese Untersuchungen werden so zügig durchgeführt, daß ein abschließendes Urteil darüber, ob sich hieraus entscheidende sicherheitsmäßige

ge Vorteile ergeben können, in der Mitte der 80er Jahre möglich wird.

5 Die Regierungschefs von Bund und Ländern kommen überein, daß unter Federführung des Bundes der Bund/Länder-Ausschuß für Atomkernenergie die in Nr. 3 und 4 genannten Arbeiten begleitet, damit der Sachverstand und die Erfahrung der atomrechtlichen Genehmigungsbehörden der Länder bei der weiteren Entwicklung der Entsorgungsmöglichkeiten berücksichtigt werden.

6 Die Regierungschefs von Bund und Ländern begrüßen die Bereitschaft der Landesregierung von Niedersachsen, die Errichtung eines Endlagers in Gorleben zuzulassen, sobald die Erkundung und bergmännische Erschließung des Salzstockes ergibt, daß dieser für eine Endlagerung geeignet ist.

Die Erkundung und bergmännische Erschließung des Salzstockes Gorleben wird deshalb zügig vorangeführt, so daß die für die notwendigen Entscheidungen erforderlichen Kenntnisse über den Salzstock in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vorliegen. Zu diesem Zweck wird das laufende Planfeststellungsverfahren für ein Endlager im Salzstock Gorleben fortgeführt und ggf. auf alle in Betracht kommenden Endlagerungsarten ausgedehnt.

7 Die oberirdischen Fabrikationsanlagen für die eine oder andere Entsorgungstechnik sowie die Anlagen des Bundes zur Sicherstellung der Endlagerung der radioaktiven Abfälle werden spätestens zum Ende der 90er Jahre betriebsbereit gemacht.

8 Es besteht Einvernehmen, daß für eine Übergangszeit die Zwischenlagerungsmöglichkeiten ausgebaut werden müssen. Die Regierungschefs von Bund und Ländern begrüßen, daß die Landes-

regierung von Nordrhein-Westfalen weiterhin bereit ist, ein externes Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente aus Leichtwasser-Reaktoren zu übernehmen und dabei davon ausgeht, daß zum Zeitpunkt der ersten Einlagerung von abgebrannten Brennelementen die Aufnahmefähigkeit des Salzstockes in Gorleben gesichert erscheint und die Entscheidung über die anzuwendende Entsorgungstechnik positiv getroffen ist. Sie begrüßen die Bereitschaft auch der Landesregierung von Niedersachsen, ein externes Zwischenlager aufzunehmen. Sie nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß einige Länder auch durch Zulassung von Kompaktanlagen einen Beitrag zur Entsorgungsfrage für eine Übergangszeit leisten.

Sie stimmen überein, daß die Errichtung weiterer externer Zwischenlager im Laufe der 90er Jahre notwendig werden kann. Sie werden dann alles tun, um die Errichtung weiterer Zwischenlager zu gewährleisten.

9 Die Regierungschefs von Bund und Ländern stellen fest, daß mit diesem Beschluß die am 6. Mai 1977 von ihnen festgelegten „Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke“ im Kern bestätigt sind. Der Bund-Länder-Ausschuß für Atomkernenergie wird daher beauftragt, entsprechend dem vorstehenden Beschluß zu 1 bis 8 die geltenden Entsorgungsgrundsätze anzupassen.

Wie heillos zerstritten die SPD in der Kernenergiefrage ist, zeigte sich erneut bei der Debatte im Hessischen Landtag. Einsam verteidigte Ministerpräsident Börner die Vereinbarung der Ministerpräsidenten; aus den eigenen Reihen fand sich keiner, der ihm beigesprungen wäre mit dem Bekenntnis: So denk ich auch!

## ■ BRESCHNEW-ANGEBOT

# Die sowjetische Panzer- und Raketenübermacht bleibt bestehen

**Der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew hat in seiner Ost-Berliner Rede am 5. Oktober 1979 angekündigt, 20 000 sowjetische Soldaten und 1 000 Panzer aus der DDR abzuziehen und die Zahl der Mittelstreckenwaffen (mobile SS-20-Raketen und Backfire-Überschallwerkflugelbomber) zu reduzieren, falls der Westen keine eigenen Waffen dieser Gattung auf westeuropäischem Territorium stationiert. Die politische und strategische Bewertung dieser Ankündigung hatte Helmut Kohl in UID 34/79 gegeben. Nachfolgend die Fakten im militärischen Kräftevergleich:**

**N**ach dem im September herausgegebenen Weißbuch 1979 des Verteidigungsministeriums verfügt der Warschauer Pakt im Truppenreduzierungsraum (MBFR-Verhandlungen) Mitteleuropas (Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Niederlande, Luxemburg — DDR, Polen, CSSR) über 150 000 Soldaten mehr als die NATO. Bei den Kampfpanzern beträgt die Überzahl 12 500.

Da Breschnew lediglich angeboten hat, diese Truppen „aus der DDR“ abzuziehen, d. h. hinter der Oder zu stationieren, verlassen diese Truppen den MBFR-Reduzierungsraum überhaupt nicht und können, wie der ehemalige Verteidigungsminister Leber kürzlich

erklärte, binnen vier Stunden wieder an den alten Standort verlegt werden.

Im Ergebnis ändert sich am mitteleuropäischen Kräfteverhältnis nichts. Falls die Truppen in die westlichen Militärbezirke der Sowjetunion zurückgezogen würden, verfügte der Warschauer Pakt in Mitteleuropa immer noch über 130 000 Mann und 11 500 Panzer mehr als die NATO.

Im Fall der Mittelstreckensysteme stehen 1 370 östliche 386 westlichen Waffensystemen gegenüber. Würde der Westen, wie es Breschnew in seiner Erklärung forderte, auf den Bau und die Stationierung neuer eurostrategischer Waffensysteme (Pershing-II-Rakete, Cruise-Missile) verzichten, so bliebe die qualitative und quantitative Überlegenheit des Ostens — trotz geringer Reduzierungen — voll bestehen, da die Sowjetunion in der Zeit der Entspannungspolitik — seit 1969 — eine gigantische Aufrüstung betrieben hat.

## Extremisten bei Post und Bahn

Minister Kurt Gscheidle (SPD) ist in seiner Partei wieder einmal in das Kreuzfeuer der Kritik geraten. Weil bei Bahn und Post zur Zeit 26 Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder extremistischer Parteien in Gang sind, griffen ihn vor allem die SPD-Vorstandsmitglieder Epler und Koschnick scharf an.

## ■ RENTEN

### Für die Union ist die Besteuerung kein Thema

**Die Ankündigung einer „ausgewogenen Lösung“ bei der Neuordnung der Alterssicherung zum 1. Januar 1985, „die den Generationenvertrag zwischen den Beitragszahlern und den Leistungsempfängern stabilisiere“, durch Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg vor dem DAG-Bundeskongreß in Mannheim ist eine neue Leerformel, die in der Sache und zur Lösung der Probleme nichts bringt.**

**A**uch die in erster Linie die Rentner belastenden Maßnahmen des 21. RAG wurden bekanntlich von Bundesarbeitsminister Ehrenberg als „ausgewogen“ bezeichnet. Ehrenberg will offensichtlich den Eindruck erwecken, als habe das Bundesarbeitsministerium schon eine fertige Lösung für die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung. In Wirklichkeit stochert das Bundesarbeitsministerium und offensichtlich auch die SPD noch mit der sprichwörtlichen „Stange im Nebel“ in dieser Angelegenheit herum, stellte MdB Heinz Franke in Bonn fest.

Mit einer möglichen Änderung der Bemessungsgrundlage für Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung zeigt der Bundesarbeitsminister, daß er nach wie vor auf der Suche nach neuen Finanzierungsquellen für die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung ist. Die CDU/CSU wendet sich gegen eine Änderung der Bemessungsgrundlage der

Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, weil dies zu einer Reihe von negativen Auswirkungen führen würde. Rationalisierung und Technisierung würden gehemmt, Arbeitsplätze vernichtet, Investitionen verteuert, schon getätigten Investitionen die Kalkulationsbasis entzogen.

Schon 1963 wurde durch wissenschaftliche Gutachten die Anknüpfung der Arbeitgeberbeiträge an den Lohn für sachgerecht befunden. Die Lohnbezogenheit der Leistungen der Rentenversicherung würde durch eine Umbasierung verwässert. Die Änderung hätte Folgewirkungen auch für die Organisation der Renten- und Krankenversicherungsträger und negative Auswirkungen auf die Selbstverwaltung.

Der Umsatz als neue Meßlatte für Sozialbeiträge stellt letztlich eine Sondersteuer dar, die bei einer Verringerung des Wirtschaftswachstums und der Produktivität für Versicherte und Rentner von Nachteil wäre. Eine sinnvolle Alternative zur Bemessung der Sozialbeiträge an den Löhnen ist nicht erkennbar.

Zum dritten Komplex, der Besteuerung der Renten, versucht der Bundesarbeitsminister offensichtlich die Verunsicherung der Bürger, die durch die Äußerungen der Staatssekretärin Anke Fuchs in der Bevölkerung erzeugt wurden, abzumildern. Die Aussage, eine Änderung in der Besteuerung dürfe weder ein Mittel zur Stabilisierung der Finanzlage der Rentenversicherung noch ein Instrument zum Abbau der Sozialleistungen werden, muß als bloßes Lippenbekenntnis gedeutet werden, solange eine stärkere Besteuerung der Renten von der SPD ernsthaft erwogen wird. Für die CDU/CSU ist die Besteuerung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung kein Thema.



## ■ KOALITION

### Anti-Terror-Gesetze nicht ändern

Zu den Absichten in der FDP-Fraktion und beim Bundesinnenminister, die zur Bekämpfung von Terror- und Gewaltkriminalität vom Bundestag in den letzten Jahren beschlossenen Gesetze in wesentlichen Teilen aufzuheben, erklärte der Vorsitzende des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Benno Erhard:

Zum Wesen unsäres freiheitlichen Rechtsstaates gehört auch die regelmäßige kritische Selbstüberprüfung des Gesetzgebers. Aber die weitgehende Revision der Anti-Terror-Gesetze, zu der unter Anführung von Frau Matthäus-Maier und Herrn Baum jetzt Teile der Koalition sich anschicken, läuft auf etwas anderes hinaus: Hier versucht eine Art von Liberalismus Oberwasser zu gewinnen, die offenbar nicht von dem irrationalen Vorurteil loskommt, daß nicht Terror und Gewaltkriminalität, sondern der demokratische Rechtsstaat selbst der große Gefährder bürgerlicher Freiheit sei, und daß es die überragende Aufgabe des Staates sei, dem einer Straftat Verdächtigen mehr Schutz zu gewähren als dem friedlichen und rechtstreuen Bürger.

Weder sachliche Notwendigkeiten noch der massive Einsatz des Kanzlers und des FDP-Vorsitzenden Genscher für das Zustandekommen der jetzt attackierten Gesetze berühren die Matthäus, Baum und Anhänger. An ihrer ideologischen Besessenheit zeigt sich, von wo dem freiheitlichen Rechtsstaat wirklich Schaden droht: nicht von notwendigen und richtigen Gesetzen zu seiner Ver-

teidigung, sondern von ehrgeizigen und ideologieblinden Politikern, die die Bedürfnisse ihrer Klienten mit denen des Rechtsstaates verwechseln.

### FDP koalitiert häufiger mit der CDU als mit der SPD

In den Städten Nordrhein-Westfalens gibt es etwa doppelt so viele CDU/FDP-Koalitionen wie SPD/FDP-Bündnisse. Dies ist das Ergebnis einer Statistik der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Düsseldorf. Bei einer Befragung von SPD-Ortsorganisationen ergab sich, daß in 45 Städten Nordrhein-Westfalens der jeweilige CDU-Bürgermeister mit den Stimmen der FDP gewählt worden ist. Lediglich in 25 Rathäusern ist die FDP eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingegangen. Aus der SGK-Übersicht geht weiter hervor, daß die FDP in Großstädten überwiegend mit der SPD koalitiert. In Klein- und Mittelstädten jedoch dominieren die Bündnisse zwischen Liberalen und Christdemokraten.

### Sollen Fehlleistungen der SPD/FDP kaschiert werden?

Durch die Einrichtung eines hausinternen Propagandareferates beim Bundesminister für Wirtschaft solle offensichtlich ein langfristiger Versuch unternommen werden, die Prinzipien des Bundesverfassungsgerichtsurteils über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zu unterlaufen, erklärte der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU, MdB Hansheinz Hauser, in einer Stellungnahme zur Schaffung des neuen Referates „Information des gewerblichen und freiberuflichen Mittelstandes“ im Wirtschaftsministerium. Hauser äußert die Vermutung, daß über dieses Referat mittelstandspolitische Fehlleistungen der

SPD/FDP-Bundesregierung kaschiert oder gar in Erfolge umgemünzt werden sollen.

## Kreutzer bleibt in der SPD

Bonns höchster Beamter in Berlin bleibt weiterhin in der SPD: Ministerialdirektor Hermann Kreutzer, Chef des Bundeshauses, sollte wegen angeblich „parteischädigender Äußerungen“ im „Deutschland-Magazin“ aus der Partei ausgeschlossen werden. Eine Schiedskommission unter dem Vorsitz von Ex-Innenminister Wolfgang Büsch verwarf jedoch diesen Antrag von Kreutzers Heimatabteilung. Kreutzer hatte unter anderem davon gesprochen, daß Einflußagenten des Ostens „ganz stark in der SPD vertreten“ seien. Die Parteiführung habe gegen diese „fünfte Kolonne“ nichts unternommen und in der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus versagt.

## Neue Steuer: der „Gaspfennig“

Zu den Überlegungen des Forschungsministeriums, einen „Gaspfennig“ einzuführen, erklärte der Berichterstatter für den Wirtschaftshaushalt im Haushaltsausschuß, Michael Glos (CSU), nachdem die Belastung mit direkten Steuern das Maß des Erträglichen bereits überschritten habe und durch immer höhere Schulden der Bundeshaushalt tief in die roten Zahlen gefahren worden sei, kämen nun in fast allen Ministerien Überlegungen in Gang, wie man den Bürger auf andere Art und Weise zusätzlich schröpfen könne.

Die Gedankenspiele im Bundesarbeitsministerium zur Vollbesteuerung der Renten und zur Abschöpfung des Splitting-„Vorteils“ bei der Einkommensteuer und die Überlegungen im Forschungsministerium zur Einführung

eines Gaspfennigs liegen auf einer Linie. Der „Pfennig“ würde, selbst wenn es bei einem Pfennig pro Kubikmeter bliebe, die Verbraucher mit über 600 Millionen DM jährlich belasten. Die verfassungsrechtlich ohnehin mehr als bedenkliche Pfennigwirtschaft würde weiter ausgedehnt.

## Umweltschützer verließ die SPD

Prof. Dr. Roland Günter, Umweltschützer und vor allem durch seinen Einsatz für Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet bekannt geworden, hat die SPD nach 16jähriger Mitgliedschaft verlassen müssen. Der SPD-Bezirk Niederrhein war am 17. September zu der Auffassung gekommen, Günter könne nicht länger SPD-Mitglied sein, weil er die Kommunalwahlliste der „Grünen“ in Oberhausen unterzeichnet hatte.

## Haßkampagne der Jusos

Die „Juso-Press“ der Juso HSG der Universität Kiel hat in ihrem Informationsdienst für Erstmestler des Wintersemesters 1979/80 auf den Seiten 24 bis 27 viermal die CDU und den RCDS als zwei aufeinanderliegende Schweine karriert, deren Schwänze als Hakenkreuze gezeichnet sind. Hierzu erklärte MdB Karl-Heinz Narjes: Damit hat die Verteufelungskampagne der Jungsozialisten gegen die CDU einen neuen Tiefpunkt erreicht. Ihr haßerfülltes, von Vernichtungswillen getragenes Verhalten kann nicht als bloßer Stilbruch verniedlicht werden.

Die SPD ist aufgefordert zu handeln. Ein offener Brief des RCDS an den Landesvorsitzenden Jansen blieb unbeantwortet. Es liegt jetzt bei den Herren Brandt und Bahr, sich von den Jungsozialisten an der Universität Kiel zu trennen.

## ■ DAG-KONGRESS

# Gewerkschaften sind keine Ersatzparteien

**Ein Bekenntnis zur Vielfalt der Gewerkschaften hat Helmut Kohl vor den Delegierten des 12. DAG-Bundeskongresses abgelegt. Ohne diesen gewerkschaftlichen Pluralismus wäre die Entwicklung in der Bundesrepublik in den letzten 30 Jahren anders verlaufen, sagte Helmut Kohl. Zugleich bekräftigte er die Freiheit der Tarifautonomie. Diese setze funktions- und kompromißfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände voraus. „Klassenkampfpärolen passen nicht in die Landschaft der Tarifautonomie.“**

**W**örtlich stellte der Parteivorsitzende fest: Die CDU Deutschland bejaht diesen gewerkschaftlichen Pluralismus. Wir wünschen, daß es freie deutsche Gewerkschaften gibt. Für uns ist die DAG ein wesentlicher und prägender Teil der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ihr Beitrag zum Wiederaufbau unseres Landes ist untrennbar verbunden mit der Geschichte unserer Republik. Diese Geschichte lehrt, daß unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat in einer besonderen Weise auf die Tarifautonomie angewiesen ist.

Das heißt, daß zur Tarifautonomie funktionsfähige und auch kompromißfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gehören. Ohne vernünftige Einsicht — bei aller notwendigen Auseinandersetzung —, ohne Fähigkeit zum

fairen Kompromiß ist dieses wichtige Element unserer freiheitlichen Grundordnung auf Dauer nicht lebensfähig.

Die Balance zwischen Freiheitsrechten und gesamtstaatlicher Verantwortung in unserer Verfassung basiert nicht zuletzt auf der Dialogfähigkeit aller politisch verantwortlichen Instanzen und Institutionen: dem Grundkonsens in entscheidenden politischen Zukunftsfragen. Das bedeutet auch Neutralität gegenüber politischen Parteien. Neutralität heißt in diesem Zusammenhang keineswegs, daß man wertneutral ist, daß man nicht engagiert Position bezieht in einer wichtigen Frage, von der man unmittelbar betroffen ist. Neutralität, wie ich sie hier definieren will, heißt, daß man den gleichen Maßstab anlegt. Ich bin dankbar, hier sagen zu können, daß wir in diesen letzten Jahrzehnten gerade in den Gesprächen mit der DAG hervorragende Erfahrungen gemacht haben.

Die Gewerkschaften sind weder Koalitionspartner noch ein verlängerter Arm der parlamentarischen Opposition. Sie können niemals Ersatzpartei sein, und sie stellen auch keine Nebenregierung dar. Wir wünschen ein vernünftiges verfassungspolitisches Selbstverständnis der Gewerkschaften im Rahmen des freiheitlichen Rechtsstaates. Deswegen unterstützen wir vorbehaltlos die Koitionsfreiheit und die Tarifautonomie und haben dies in unserem Grundsatprogramm ausdrücklich bekräftigt.

## ■ POLIZEI

### Bei Gespräch mit der GdP standen Sachfragen im Mittelpunkt

**Auf Initiative der CDU trafen sich am 8. Oktober 1979 in Bonn der geschäftsführende Vorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit dem Vorsitzenden Helmut Schirrmacher an der Spitze und die CDU-Politiker Alfred Dregger, Benno Erhard und Friedrich Vogel. Der Themenkatalog reichte von Zuständigkeitsfragen des Bundeskriminalamtes, der Polizei in Europa, Kombattantenstatus für den Bundesgrenzschutz, Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität, einer Hochschule für Polizeiwissenschaften bis hin zur allgemeinen Zusammenarbeit zwischen GdP und CDU.**

**D**abei konnte in einigen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt werden. Völlig unstrittig war für beide Seiten die Feststellung, daß für das Funktionieren des Bundeskriminalamtes (BKA) gegenwärtig weder eine Änderung des BKA-Gesetzes erforderlich ist, noch die originäre Zuständigkeit angetastet werden soll. Vielmehr muß das BKA als Informationszentrale ausgebaut werden.

Die Gesprächspartner hielten es gemeinsam für erforderlich, die Zusammenarbeit der Polizei in Europa weiter zu entwickeln und zu verstärken.

In der strittigen Frage des Kombattantenstatus für den BGS erläuterten beide Seiten ihre Standpunkte:

Nach Auffassung der CDU bedarf es zunächst der politischen Klärung, wel-

che Aufgaben dem Bundesgrenzschutz in Zukunft zugewiesen werden sollen, und ob die Entscheidung darüber eine Änderung des BGS-Gesetzes erforderlich macht. Erst dann wird sich ergeben, ob der Kombattantenstatus für den BGS weiter fortbestehen oder entfallen muß. Die Gewerkschaft der Polizei hingegen bezeichnete den Kombattantenstatus für den BGS als nicht existent, weil hierfür nach ihrer Auffassung die völkerrechtlichen Voraussetzungen fehlen.

Der Vorschlag der GdP, eine Hochschule für Polizeiwissenschaften zu gründen, stieß bei der CDU auf Interesse. Man war sich einig, das Gespräch über dieses Thema zu vertiefen.

In der Frage der Wahrnehmung von Sicherheitsaufgaben durch private Unternehmen vertraten CDU und GdP übereinstimmend die Auffassung, daß das Gewaltmonopol beim Staat bleiben müsse. Gleichzeitig wurde aber auch gesehen, daß nicht alle Aufgaben von der Polizei allein wahrgenommen werden können. Es muß nach Auffassung der Gesprächspartner sichergestellt werden, daß die Übernahme von Sicherheitsaufgaben durch Privatunternehmen nicht leichtfertig jedermann ermöglicht werden soll. Es gelte, klare Grenzen abzustecken, innerhalb derer private Sicherheitsdienste tätig werden können.

Die äußerst erschreckende Entwicklung der Rauschgiftkriminalität bedarf nach übereinstimmender Auffassung der Gesprächspartner großer gemeinsamer Anstrengungen von Bund und Ländern, aber auch aller privaten Einrichtungen, die hier Hilfe leisten können.

Im übrigen betonten die Gesprächspartner, auch weiterhin die polizeilichen Probleme in vertrauensvoller Zusammenarbeit zu erörtern.

## ■ KPV

# Konrad-Adenauer-Preis für beispielhafte Kommunalpolitik

**Fünfzehn Bürgerinitiativen, Vereine, Kommunen und Einzelpersonen sind in München mit dem Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik ausgezeichnet worden. Die von der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU (KPV) vergebenen Medaillen wurden den Preisträgern in einer Feierstunde vom Präsidenten des Bayerischen Landtags und stellvertretenden CSU-Vorsitzenden, Franz Heubl, und vom Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und KPV-Vorsitzenden MdB Horst Waffenschmidt überreicht.**

**D**er Preis wird alle drei Jahre für bedeutsame, beispielhafte Leistungen auf kommunalpolitischem Gebiet vergeben.

### **Goldplaketten erhielten:**

- der Zentralverband des Deutschen Handwerks für beispielhafte Leistungen bei der Erhaltung und Gestaltung deutscher Städte,
- die Fankfurter Werksgemeinschaft als Trägerin einer vorbildlichen sozialpsychiatrischen Einrichtung,
- der Verein der Freunde von Schloß Blütenburg e. V. in München für die Gestaltung eines Kulturprogramms in Verbindung mit der langfristigen Sicherung des Erhalts und der Umnutzung der Schloßanlage,
- der Emsländische Heimatbund für

die Erhaltung der barocken Schloßanlage Clemenswerth, die zu einem kulturellen-Zentrum des Emslandes entwickelt wurde,

— die Stiftung „Schloßtheater Neuwied“ für die Erhaltung des bedrohten Schloßtheaters, das durch die privaten Initiativen von Stiftung und Förderverein zu einem kulturellen Mittelpunkt entwickelt werden konnte,

— der Senioren-Club der Initiative „Kinderspielplatz Hasenhöhle“ in Rheine für die ideenreiche Gestaltung eines 7 500 Quadratmeter großen Spielgeländes durch die Senioren.

### **Silberplaketten erhielten:**

— die Stadt Koblenz für bemerkenswerte Einzelbeispiele bei der Erneuerung und Umnutzung von für die Stadtgestalt bedeutenden Schlüsselgebäuden,

— die Stadt Neuss für die freiheitlich angelegte Art ihres Schul- und Bildungssystems,

— die Stadt Mönchengladbach für ihre Leistungen im Bereich der ambulanten und außerschulischen Sonderpädagogik durch Einrichtung einer „sozialpädagogischen Bildungsstätte“ sowie für ihre Leistungen bei der Gestaltung pädagogisch betreuter Spielplätze,

— der Kreis Kleve für den überdurchschnittlichen Einsatz von persönlicher und finanzieller Leistung bei der Betreuung von Behinderten,

— der Landkreis Marburg-Biedenkopf für seine breitgefächerte Seniorenpolitik, bei der unter Beteiligung vieler freier Träger ein neugegliederter Kreis bemerkenswerte Leistungen erzielen konnte,

— Bürgermeister a. D. Heribert Baumann für seine rollende Sprechstunde und weitere Aktivitäten für eine bürgernahe Politik im Bezirk Berlin-Wilmersdorf.

### Bronzeplaketten erhielten:

— die Stadt Ingolstadt für das „Altenmodell Ingolstadt“, das durch die Vielfalt der Angebote und die bürgerschaftliche Atmosphäre besticht,

— die Stadt Siegburg für ein interessantes Beispiel kommunaler Seniorenpolitik in Verbindung mit der Einrichtung eines Altenzentrums,

— die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler für die Restaurierung und Umnutzung des ehemaligen kurpfälzischen Rentmeistereigebäudes im Stadtteil Bad Neuenahr.

Die Unionsparteien wollen mit der Auszeichnung durch den Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik besonders den Bürgereinsatz in Selbsthilfegruppen und freien Trägern anerkennen und hervorheben, erklärte in München der Bundesvorsitzende MdB Horst Waffenschmidt. Die freiheitliche Demokratie lebt in entscheidendem Maße vom ehrenamtlichen Einsatz der Mitbürger und der Arbeit von freien Trägern und Vereinen, die in bürgerschaftlicher Gesinnung dem Allgemeinwohl dienen. Hier liegt ein entscheidendes Anliegen der Kommunalpolitik von CDU und CSU: Die Unionsparteien werden sich bei allen anstehenden politischen Entscheidungen im sozialen und kulturellen Bereich auch in Zukunft soweit wie mög-

lich für den Vorrang freier Träger einsetzen.

Diese politische Grundhaltung gilt jetzt konkret bei der Beratung des neuen Jugendhilferechts im Deutschen Bundestag. Die öffentliche Hand soll nicht an sich ziehen, was Bürger besser unmittelbar miteinander füreinander tun können. Es ist besser, einem Verein oder freien Träger einen Zuschuß für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe zu geben, statt für alles und jedes eine Behörde mit amtlicher Tätigkeit und amtlichen Richtlinien zu schaffen.

Für die 65 000 kommunalen Mandatsträger der Unionsparteien ist dies eine entscheidende Richtschnur zur Entbürokratisierung. Mehr denn je muß heute betont werden: Die Bürger sollen und können nicht alles vom Staat und von der öffentlichen Hand erwarten. Die Leistungsbereitschaft vieler Mitbürger für das Allgemeinwohl ist groß, wenn sie von den Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft darauf in sachgerechter Weise angesprochen werden.

Zu der Verleihung des Sonderpreises an den Zentralverband des Deutschen Handwerks sagte MdB Horst Waffenschmidt auf einer Feierstunde am 16. Oktober in Bonn:

Daß erstmals ein Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik in Gold als Sonderpreis vergeben wird, hat eine lange Vorgeschichte. Die Preisrichter hat der Gedanke eines Sonderpreises bereits seit 1975 bewegt. Ihnen war bereits damals bei der Prüfung und Bewertung der eingereichten Unterlagen aufgefallen, welch hohen Anteil das deutsche Handwerk bei den hervorragenden Leistungen im Umgang mit dem historischen Erbe unserer gewachsenen Städte und Gemeinden geleistet hat.

## ■ TRANSITVERKEHR

# Hat Bahr das Parlament getäuscht?

**Der Antrag zum Thema „Sicherheit der Transitreisenden“ berührt Dinge, die für die Bundesregierung und insbesondere für den damaligen Verhandler Egon Bahr von höchster Peinlichkeit sind. Es besteht der schwere Verdacht, daß der damalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, das Parlament bewußt getäuscht hat. Die Alternative dazu ist, daß die Bundesregierung seit 1971 eine gravierende Einschränkung des Transitabkommens mit der DDR hingenommen hat, erklärte MdB Otfried Henning im Bundestag.**

**W**orum geht es im Kern? Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hat am 29. Januar 1979 eine offizielle Pressemitteilung herausgegeben, in der es heißt, daß DDR-Bewohner, die nach dem 31. Dezember 1971 geflüchtet sind, bei einer beabsichtigten Benutzung der Transitwege von und nach Berlin (West) von den Behörden der DDR unter Umständen festgenommen werden können. In einer Sendung des ZDF („Kennzeichen D“) vom 15. Januar 1979 sei „irrtümlich“ behauptet worden, diese Personen könnten lediglich zurückgewiesen werden.

**Irrtümlich?** Im Dezember 1971 hat Egon Bahr als verantwortlicher Verhandlungsführer und Staatssekretär im Bundeskanzleramt dem Parlament das Gegenteil versichert. Er hat ausdrücklich gesagt, die DDR habe sich darauf fest-

gelegt, daß diejenigen, die die DDR verlassen hätten, die Transitstrecken benutzen könnten. Es sei in einer für die DDR verbindlichen Art geklärt, daß diese Personen nicht einmal zurückgewiesen, geschweige denn festgenommen würden. Das betreffe rund 2,5 Millionen Menschen. Egon Bahr hat dies sogar noch einmal bekräftigt.

Eine Ausnahme gilt lediglich für Deserteure aus der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen, nicht aber für frühere Angehörige der Volkspolizei, des Ministeriums für Staatssicherheit oder etwa der Betriebskampfgruppen.

All diese Fragen sind also selbst bis in diese Details 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR abschließend geregelt worden. Sie sind Teil des Transitabkommens und damit, wie die drei westlichen Botschafter nach Paraphierung der Dokumente erklärt haben, Teil der zweiten Stufe der dreistufigen Berlin-Regelung von 1971/1972. Ihre befriedigende Beantwortung war Vorbedingung für die Unterzeichnung des Viermächte-Schlußprotokolls.

Der Schutz des Transitreisenden vor unbegründeten Zwangsmaßnahmen ist von der Bundesregierung als die „Magna Charta des Transitreisenden“ bezeichnet worden. Diese „Magna Charta“ wird nun willkürlich verletzt, und die Bundesregierung protestiert nicht einmal dagegen, sondern weist die darüber korrekt berichtenden Journalisten sogar zurecht.

UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN  
ARGELANDERSTRASSE 173  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## ■ TERMINE

22. 10. **CDU NRW**  
*Landespräsidium, Düsseldorf*
- 23./24. 10. **CDU — Bund**  
*Sportkongreß, Bonn*
24. 10. **LV Berlin**  
*Landesvorstand mit MdBs, Berlin*
24. 10. **CDU Niedersachsen**  
*Landes-, Bezirks- und Kreis-  
geschäftsführerkonferenz, Verden*
29. 10. **LV Baden-Württemberg**  
*Präsidium und Landesvorstand,  
Stuttgart*
29. 10. **Wirtschaftsrat der  
CDU/CSU — Bund**  
*Umweltkongreß, Frankfurt*
31. 10. **LV Berlin**  
*Landesvorstand, Berlin*
2. 11. **LV Schleswig-Holstein**  
*Frauenvereinigung,  
Delegiertentag, Malente*
2. 11. **CDU — Bund**  
*Frauenvereinigung,  
Europa-Sektion, Bonn*
2. 11. **LV Westfalen-Lippe**  
*Landesvorstand, Dortmund*
- 2./3. 11. **LV Berlin**  
*63. Landesparteitag, Berlin*
3. 11. **CDU — Bund**  
*Frauenvereinigung, Bundesvor-  
stand und Hauptausschuß, Bonn*
- 3./4. 11. **Exil-CDU**  
*Deutschlandpolitische Regional-  
tagung, Burghausen*
5. 11. **CDU — Bund**  
*Bundesvorstand, Bonn*
5. 11. **Mittelstandsvereinigung der  
CDU/CSU — Bund**  
*Bundesvorstand, Bonn*
5. 11. **EAK der CDU/CSU — Bund**  
*Bundesvorstand, Bonn*
- 5./6. 11. **CDU — Bund**  
*Sozialausschüsse, Sozialsekretärs-  
konferenz, Königswinter*
7. 11. **CDU — Bund**  
*Landesgeschäftsführerkonferenz,  
Bonn*
7. 11. **LV Rheinland**  
*Kreisgeschäftsführerkonferenz,  
Köln*
7. 11. **LV Berlin**  
*Landesvorstand, Berlin*
10. 11. **CDU Niedersachsen**  
*Landesausschuß, Hannover*
10. 11. **CDU — Bund**  
*Frauenvereinigung, Sitzung AK  
„Medien“, Bonn*
10. 11. **LV Schleswig-Holstein**  
*Landesvorstand, Kiel*
12. 11. **LV Rheinland-Pfalz**  
*Landesvorstand, Mainz*
15. 11. **Union der Vertriebenen und  
Flüchtlinge — Bund**  
*Vorstand, Bonn*
- 16./17. 11. **LV Rheinland**  
*33. Landesparteitag, Düsseldorf*

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

**UiD**